

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postk.-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm  
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Melame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörnberg, Bretznig, Hauswalde, Dorn, Oberfeins, Niederfeins, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Bräcker & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 5

Dienstag, den 7. Januar 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 8. Januar 1930, vorm. 11 Uhr

Sollen in Pulsnitz, Restaurant „zum Bürgergarten“

1 Kommode, 1 Tisch, 1 gr. Regal, 25 Paar Stiefel,

1 Lederwalze, 2 Paar Herrenschuhe

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 6. Januar 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Ankündigungen aller Art**  
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Dem amerikanischen Kongress, der am Montag wieder zusammentrat  
wurde eine Vorlage des Kriegsministeriums unterbreitet, die eine  
Erhöhung der rein militärischen Ausgaben um rund 6 Millionen  
Dollar gegenüber den Ausgaben des vergangenen Jahres vorsieht.  
Die japanischen Arbeiter der Automobilfabrik General Motors in To-  
kyo sind am Montag in den Streik getreten. Sie fordern Lohner-  
höhungen und die Einführung des 8 Stunden Tages.  
In Kienai in der Provinz Ostland sind am Montag 7 000 Textil-  
arbeiter in den Streik getreten.  
Die russische Akademie der Wissenschaften hat, wie aus Moskau gemel-  
det wird, die Einführung des lateinischen Alphabets für die russische  
Sprache vorgeschlagen und übermittelte der Regierung einen ent-  
sprechenden Entwurf. Das lateinische Alphabet soll am 1. Januar  
1931 amtlich eingeführt werden.  
Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Gericht der Sowjet-  
union in Simferopol den deutschen katholischen Pfarrer Graf wegen  
angeblicher sowjetfeindlicher Propaganda zu 6 1/2 Jahren Gefängnis  
verurteilt.

## Macht gegen Recht.

Die Berichte und Gerüchte aus dem Haag umschwirren  
uns. Seit Tagen aber geht durch alle Blätter des Reiches  
die Frage: Sanktionen oder nicht Sanktionen? Dies scheint  
überhaupt der Punkt zu sein, um den sich alles im Haag  
dreht. Für uns vorerst die wichtigste Frage. Es bedarf  
keines besonderen Hinweises, daß Frankreich die treibende  
Kraft ist, die eine Sanktionsformel in den zur Beratung  
stehenden Young-Plan einfließen möchte. Bei dem Frank-  
reich, das wir seit Versailles zur Genüge kennengelernt haben,  
wundert uns diese Forderung eigentlich nicht mehr. Die  
ganze französische Politik des vergangenen Jahrzehnts läßt  
sich eigentlich sehr gut unter das Motto stellen: „Und folgst  
du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Trotz allen Friedens-  
betreibungen der verschiedenen französischen Außenminister,  
die wir seit Versailles erlebt haben, trotz allen schönen Reden  
und billigen Gesten ist Frankreich bis heute der revancheu-  
dürstige Gegner geblieben, der nur ein Ziel kennt, nämlich  
Frankreich geben, die diese Politik der Gewalt nicht billigen  
und an ihre Stelle den Versuch einer wirklichen Verständi-  
gungspolitik gesetzt wissen möchten, so läßt sich doch die re-  
gierende Kaste in Paris nicht beirren. Erfüllt vom Geiste  
Poincarés, treibt man die Außenpolitik, die Deutschland als  
den gefährlichsten Gegner behandelt.

Gegenüber der ersten Konferenz im Haag hat sich für  
uns die Lage eigentlich noch erheblich verschärft. Es sind  
nicht nur die ungelösten Fragen der ersten Konferenz auf  
die zweite mit übernommen worden, es sind auch noch eine  
Reihe sehr schwerwiegende Belastungen hinzugekommen, die  
unserer deutschen Delegation die Verhandlungen außer-  
ordentlich erschweren. Da ist noch übriggeblieben die Frage  
des deutsch-belgischen Marktabkommens, da  
ist noch hinzugekommen das Liquidationsabkom-  
men mit England, das wahrlich nicht günstig für uns  
zu nennen ist, da schwebt noch das deutsch-polnische  
Liquidationsabkommen in der Luft, von dessen  
Inhalt wir uns leider immer noch nicht ein genaues Bild  
machen können, von dem es aber heißt, daß es unabänderlich  
ist und an das Zustandekommen des Young-Plans gebunden  
ist. Wie die übrigen Fragen auch aussehen mögen, immer  
handelt es sich darum, daß man uns möglichst viele und hohe  
Lasten aufbürden und durch einen Vertrag sanktionieren  
will, so daß wir weiter unter der Fron unserer Gegner blei-  
ben. Geht es dann schließlich nach Frankreichs Willen, so  
setzt man hinter jede Bedingung, die man uns auferlegt hat,  
eine Sanktionsformel, in der es etwa heißt: Erfüllt Deutsch-  
land seine Bedingungen nicht oder zahlt es die übernommenen  
Lasten nicht pünktlich, so geschieht das und das. Für ein  
derartiges Verfahren hat man den Namen „Sanktionen“  
eingeführt, im gut bürgerlichen Leben nennt man das Er-  
pressung. Die Frage ist nur, wie weit wir uns dagegen  
wehren können und wirklich wehren werden.

Das eine sehen wir schon heute, daß der französische Mi-  
nisterpräsident Lardieu mit der Weisung nach dem Haag

## Beschlagnahmerecht deutscher Staatseinkünfte im Haag erwogen

Falls Deutschland den Youngplan nicht erfüllen kann — Briand verläßt die Haager Konferenz  
Unfaire Verhandlungsmethode

Haag. Es ist bei den im Haag weilenden Pressevertre-  
tern aufgefallen, daß auf der Haager Konferenz bisher mit  
keinem Wort die Saarfrage angeschnitten wurde, deren für  
Deutschland günstige Erledigung vor der abschließenden  
Haager Konferenz besonders von zwei bedeutenden deutschen  
Regierungsparteien, wie der Deutschen Volkspartei  
und dem Zentrum, gefordert worden war. Am Montag  
vormittag traten die Delegierten der sechs einladenden  
Mächte über die strittigen Fragen der Konferenz zusammen,  
die noch immer die weitere Behandlung des Young-Planes  
auf der zweiten Haager Konferenz behindern. Es handelt  
sich dabei um den Zahlungstermin, dessen An-  
setzung je nach dem Ersten, der Mitte oder dem Letzten des  
Monats für Deutschland eine erhebliche Mehrbelastung oder  
Minderbelastung bedeutet. Es handelt sich ferner um die  
grundsätzliche Frage der Sanktionen und um die Frage der  
Internationalen Tributbank.

Aus der Stellungnahme der Pariser Presse zu den Ver-  
handlungen zwischen den deutschen und französischen Dele-  
gierten ist die des „Matin“ interessant, es „handelt sich nur  
um ein Mißverständnis“. Der „Matin“ schreibt weiter:  
„Man müsse in Deutschland verstehen, daß sich Frankreich  
nicht an das alte System politischer Sanktionen klammere.  
Es sei nur notwendig, ein System für eine legale (gesetz-  
liche) Zahlungseinzahlung für alle kommerziellen Verpflich-  
tungen ähnlich dem, wie es zwischen den Staaten vor dem  
Kriege bestanden habe, vorzusehen. Aufgabe der Sachver-  
ständigen werde es sein, eine Garantiemethode zu finden, die  
nicht den Charakter einer ständigen Finanzkontrolle hat.“

Die britische Regierung habe das sogenannte System  
der negativen Pfänder in Vorschlag gebracht, das einem  
Beschlagnahmerecht gewisser deutscher Staatsmonopole für  
den Fall entspricht, daß eine längere Zahlungsunfähigkeit  
Deutschlands eintritt.

Der „Erzelsjor“ führt aus, daß der französische  
Ministerpräsident Lardieu, dem an einer Beschleunigung  
der Arbeit im Haag gelegen ist, eine lange Liste der  
von den einzelnen Ausschüssen festgestellten strittigen Fragen  
auf wenige Hauptpunkte zusammenge-  
strichen habe.

Wie man erfährt, haben die Besprechungen zwischen  
Lardieu und dem Vertreter Ungarns, Graf Beth-  
len, nicht zu einem Fortschritt in der Frage der Reparationen  
geführt. Frankreich soll selbstamerweise bereit sein,  
auf seinen Anteil an den ungarischen Reparationszahlungen  
zu verzichten. Es steht jetzt fest, daß der französische Außen-  
minister Briand am 10. Januar nach Paris fährt, um sich  
dann zur Eröffnung der Völkerbundratstagung am 13. Janu-  
ar nach Genf zu begeben. Auch Lardieu fährt aus inner-  
politischen Gründen nach Paris und will am Montag wieder  
nach dem Haag zurückfahren. Es wird angenommen, daß  
Briand selbst nicht mehr nach dem Haag  
zurückkehrt.

Die Sanktionsfrage ist, wie seit Beginn der Konferenz,  
in Einzelbesprechungen der deutschen Delegationsführer mit  
den Führern der übrigen Delegationen der einladenden  
Mächte weiterberaten worden. Man erwartet in dieser  
Frage einen

### Notenaustausch zwischen der deutschen und französischen Delegation

der seinen Niederschlag in einer gemeinsam vereinbarten  
Formel über Frankreichs Anspruch auf Sicherheiten bei der  
Durchführung des Young-Planes finden soll. Die Verhand-  
lungen des Ausschusses der Internationalen Tributbank  
werden am 10. Januar beginnen. Es ist noch unbestimmt,  
ob an diesen Verhandlungen Dr. Schacht, der deutsche  
Reichsbankpräsident, teilnehmen wird, oder ob er sich durch  
Direktor Bocke von der Reichsbank wird vertreten lassen.  
In der Sanktionsfrage scheint folgendes geplant zu

sein: Kann Deutschland den Young-Plan nicht erfüllen, so  
tritt ein Zahlungsaufschub von zwei Jahren ein. Dann tritt  
ein Schiedsgericht zusammen, das Feststellungen über  
Deutschlands Zahlungsmöglichkeiten und Zahlungsverpflich-  
tungen treffen kann. Nach französischer Auffassung sollen  
dann

### Sanktionen auf Grund der Bestimmungen des Diktates von Versailles

vorgenommen werden können, wenn Deutschland einen sol-  
chen Schiedspruch böswillig nicht ausführt. Stimmt die  
deutsche Delegation dem nicht zu, so glaubt man in Kreisen  
der französischen Delegation, daß der Young-Plan vollstän-  
dig scheitern werde. Von französischer Seite fordert man  
eine besondere Garantie für die Festigung der Mark, weil  
nach dem Young-Plan besondere Schutzbestimmungen für die  
Reichsbank fortfallen. Ferner hat man französischerseits Be-  
denken gegen den deutsch-amerikanischen Sondervertrag, und  
möchte ein Verbot für die deutsche Regierung erzielen,  
irgendwelche Einnahmen zu anderen Zwecken als zu Repara-  
tionen zu verwenden. Es ist aufgefallen, daß die Presse  
von der deutschen Delegation sehr ungenügend unterrichtet  
wird, während von französischer und englischer Seite die  
Presse mit Nachrichten und Informationen in starkem Maße  
gespeist wird.

Der Ausschuss für die nichtdeutschen Reparationen hat  
vorläufig seine Beratungen vertagt, weil der österreichische  
Bundeskanzler Schöberl noch einmal erklärt hat, daß  
Österreich unter keinen Umständen zahlen könne, und die  
Nachfolgestaaten beschloßen haben, unter sich gegenüber  
diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

### Dr. Curtius über die Zahlungstermine.

Nach der Besprechung der Minister der sechs einladenden  
Mächte gab der deutsche Außenminister Dr. Curtius einen  
Überblick über die bisherige Aussprache, die sich in der  
Hauptfrage um den Zahlungstermin gedreht hat. Die Gläu-  
bigermächte stehen auf dem Standpunkt, daß man in Paris  
sich auf den 15. des Monats geeinigt habe, während Deutsch-  
land erklärt, das sei nicht der Fall. Man habe sich in Paris  
nicht festgelegt, und man erwarte deutscherseits, daß  
dem allgemeinen Weltgebrauch Folge geleistet werde, wonach  
am Ultimo des Monats gezahlt und verrechnet wird. Es  
handelt sich je nach Festsetzung des Zinsfußes um eine jähr-  
liche Summe von 5 Millionen Mark. Minister Curtius be-  
zeichnete die ganze Frage als eine sehr ernste Ange-  
legenheit. Wenn man diese Summe mit Zinsseszinsen  
kapitalisiert, würde man auf 100 Millionen während des  
ganzen Young-Plans kommen. Außerdem würde die ganze  
deutsche Zahlungsgebarung, die auf den Ultimo abgestellt ist,  
umgestellt werden müssen, da ja am 15. in den Reichskassen  
das Geld nicht vorhanden sein kann. Von englischer  
Seite ist hinzugefügt worden, daß England dem deutschen  
Standpunkt keine besonderen Schwierigkeiten machen wird.

### Bedingte Rückgabe des deutschen Eigentums in Marokko.

Paris. Zu dem am 31. Dezember v. J. von Botschafter  
Hoesch und dem Außenminister Briand unterzeichneten  
Liquidationsabkommen wird jetzt in der Presse eine von amt-  
licher französischer Seite stammende Information wiederge-  
geben, in der es heißt, daß die deutschen, noch nicht  
liquidierten Besitzungen in Marokko den  
ehemaligen Eigentümern unter der Bedin-  
gung zur Verfügung gestellt würden, sie in  
einem Zeitraum von sechs Monaten an von  
der marokkanischen Regierung genehmigte  
Käufer wieder abzutreten. Nach diesem  
Termin stehe der marokkanischen Regierung  
anheim, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch  
zu machen.

